Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 68 (1988)
Heft: 5

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Eidgenössische Steuerpolitik und ihre Folgen

Eine der vielen Besonderheiten unseres Bundesstaates liegt darin, dass das Parlament in Wahrnehmung seiner Budgetgewalt abschliessend über die funktionelle Aufgliederung und den Umfang der Staatsausgaben beschliesst, während die Einnahmen zu einem wesentlichen Teil durch das Volk bestimmt werden: Über die Höhe der direkten Steuer wie der Umsatzbesteuerung, die im laufenden Jahr gemäss Budget allein rund 15 Milliarden Franken einbringen sollen, hat der Souverän zu entscheiden.

Hier liegt sicherlich ein wesentlicher Grund für die Schwerfälligkeit der eidgenössischen Finanzpolitik. Vor allem ist es unter diesen Umständen auch schwierig, strukturelle Reformen des Steuersystems über die Bühne zu bringen. Für viele macht dies gerade den Charme des Bundeshaushaltes aus. Denn wenn schon kaum etwas passieren kann, wird vor allem auch nichts Schlechtes geschehen. Anderseits sind einmal eingeleitete Fehlentwicklungen nur mit grösster Mühe zu korrigieren.

Die direkte Bundessteuer zum Beispiel war in ihrer heutigen Form während des Zweiten Weltkrieges eingeführt worden und hatte — schon die ursprüngliche Bezeichnung «Wehrsteuer» deutet darauf hin — den Sinn einer kriegsbedingten Sondersteuer. Entsprechend schonte sie die tieferen Einkommensklassen und konzentrierte sich auf die wirtschaftlich Bessergestellten. Nach dem Zweiten Weltkrieg scheiterten mehrere Versuche einer Neugestaltung der Finanzordnung — mit der Folge, dass das «Provisorium» Wehrsteuer mit der Progressionskurve einer «Reichtumssteuer» zur Dauereinrichtung wurde. Es erwies sich in der Folge während vierzig Jahren auch als politisch unmöglich, die Belastungskurve im Sinne einer «Normalisierung» zu verflachen.

In allerletzter Zeit kam zwar unter dem Druck einer Volksinitiative eine grössere Revision zustande, die vor allem eine vernünftige Lösung für das Problem der Familienbesteuerung gebracht hat, bei der aber in bezug auf die Tarifgestaltung keine substantielle Milderung der Progression erreicht werden konnte. Und es ist bezeichnend, dass dies bereits als politischer Erfolg des Bürgertums gewertet wurde, weil nämlich bisher praktisch jede Revision nicht eine Linderung, sondern eine weitere Verschärfung der Progression ausgelöst hatte.

Bei der Warenumsatzsteuer ist von einer ähnlichen Entwicklung zu berichten. Auch sie war ein Kind des Kriegs. Mit ihr sollten die schweren Zollausfälle aufgefangen werden. Auch hier war von einem Provisorium die Rede. Damit tröstete man sich über einige rasch zutage tretende strukturelle Mängel hinweg. Der gewichtigste war die sogenannte «Taxe occulte», das heisst der systemwidrige Doppelbesteuerungseffekt der Wust auf betrieblichen Investitionen. Auch hier war das «Provisorium» von Dauer. Die «Taxe occulte» löste zunächst auch deswegen

nicht allzu viel Kritik aus, weil die Sätze bloss zwischen 2 und 3 Prozent lagen. Inzwischen bringt die «Taxe occulte» einen sozusagen illegitimen, das heisst von den Schöpfern der Wust keineswegs beabsichtigten Mehrertrag von nicht weniger als 1,5 Milliarden Franken und kann darum trotz allgemein anerkannten negativen Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht so leicht wegrevidiert werden.

Als drittes Beispiel eines ursprünglich unterschätzten, später dann aber aufgrund der haushaltpolitischen Relevanz fast nicht mehr korrigierbaren steuerpolitischen «Sündenfalls» sei die Stempelsteuer erwähnt. Als es in den siebziger Jahren darum ging, die Wust durch die Mehrwertsteuer abzulösen, einigte man sich darauf, die Dienstleistungen der Banken nicht einzubeziehen und dafür die Stempelsteuer um 50 Prozent zu erhöhen. Als das Volk die Mehrwertsteuer dann auch im zweiten Anlauf ablehnte, trat diese 50prozentige Mehrbelastung trotzdem in Kraft. Heute wirft die Stempelsteuer rund 2,3 Milliarden Franken oder fast 10 Prozent der Bundeseinnahmen ab. Für den «Finanzplatz Schweiz» ist ein entsprechender Wettbewerbsnachteil verbunden. Doch der Bund hat sich an die 2,2 Milliarden «gewöhnt» und glaubt, nicht auf diesen an sich «illegitim» überhöhten Ertrag verzichten zu können.

Aus diesen exemplarischen, anfänglich im Grunde unprogrammierten «Fehlentwicklungen» ist vor allem *ein* Schluss zu ziehen: Im Bereich der Finanz- und Steuerpolitik kann man gar nicht sorgfältig genug sein. Einmal gemachte Fehler lassen sich — wenn überhaupt — nur äusserst schwer rückgängig machen. Auf die gegenwärtigen Diskussionen um eine Energieabgabe bezogen heisst dies, dass höchste Vorsicht am Platze ist. Die Schlüssigkeit der bisher bekannten Unterlagen ist alles andere denn ausreichend für einen positiven Entscheid. Das ganze käme einem Abenteuer gleich, für das letzten Endes wir alle zu bezahlen hätten. Ein Einschwenken auf das Lieblingskind unseres Finanzministers drängt sich um so weniger auf, als längst weit besser abgesicherte Alternativen für die Reform der indirekten Steuern vorhanden sind.

Richard Reich

Elektrizitätskonsum — eine naheliegende Sparmöglichkeit?

Die Frage nach Sparmöglichkeiten in der Energieverwendung ist momentan — zu Recht — im Schwange. Diese Forderung bezieht sich grundsätzlich auf alle Energieträger, mithin auch auf die Verwendung von *Elektrizität.* Die Meinungen, *wie* substantielle Einsparungen erreicht werden könnten, gehen allerdings weit auseinander: direkte Verhaltensanweisungen (Normen), indirekte Lenkungsmassnahmen, die, wenn sie durch die Optik der Markt-

konformität betrachtet werden, nicht über alle Zweifel erhaben sind, sowie marktkonforme Instrumente. Wer sich zu den Prinzipien der Marktwirtschaft bekennt, müsste konsequenterweise eigentlich auch den Einsatz von Instrumenten befürworten, die mit den Funktionsprinzipien der Märkte übereinstimmen. Sind solche im Elektrizitätssektor denkbar?

Bei der Prüfung dieser Frage sind zwei Aspekte ins Blickfeld zu nehmen. Es ist einmal davon auszugehen, dass funktionstüchtige Märkte, also solche, auf denen wirksamer Wettbewerb existiert, aus sich selbst heraus zu einer *optimalen Ressourcenverwendung* tendieren. Voraussetzung sind Wettbewerbspreise, die volkswirtschaftliche Knappheiten widerspiegeln. Wer sein Verhalten an Wettbewerbspreisen orientieren muss, verhält sich mithin knappheitsbezogen. In diesem Sinne wird in der Volkswirtschaft von optimalen Preisen gesprochen. Anbieter, die auf einem im Wettbewerb stehenden Markt tätig sind, legen ihre Dispositionen in erster Linie auf die *Grenzkosten* aus, die als «Verursacherkosten» verstanden werden können: die Konsumenten entscheiden, ob sie eine zusätzliche Einheit eines Gutes zu einem Preis erwerben wollen, der mindestens den Grenzkosten entspricht.

Auf diesem Hintergrund wäre dann — zweitens — die Frage zu prüfen, ob auf dem Elektrizitätsmarkt Wettbewerbsbedingungen vorhanden sind und, wenn sie verneint werden müsste, ob Möglichkeiten bestehen, wettbewerbsähnliche Verhaltensweisen zu «erzwingen», die eine optimale — eben sparsame — Elektrizitätsverwendung unterstützen. Es gibt nun zahlreiche, vorab strukturelle Gründe, die dafür verantwortlich gemacht werden können, dass auf dem Elektrizitätsmarkt *kein* Wettbewerb im marktwirtschaftlichen Sinne vorherrscht (zahlreiche regionale Monopole; eingeschränkte Substitutionsmöglichkeiten). Unter solchen Bedingungen werden die Anbieter nicht gezwungen, Grenzkostenüberlegungen in ihre Preisdispositionen einzubauen; im Vordergrund steht deshalb in der Schweiz die Vollkostenrechnung, die als Grundlage für *Mischtarife* verwendet wird. Dadurch werden die verschiedensten Quersubventionen (unter den Konsumenten) in Bewegung gesetzt und wird eine Preisstruktur praktiziert, die bei den Abnehmern *falsche* Verhaltenssignale setzt; die Konsumenten haben kein Eigeninteresse, sich optimal zu verhalten.

Der Gedanke liegt deshalb nahe, die Elektrizitätsproduzenten zu veranlassen, sukzessive auf eine *Grenzkostentarifierung* überzugehen. Wenn sich die Elektrizitätswerke dazu bereitfinden könnten, diesen Systemwechsel vorzunehmen, dann wäre ein *Stück Marktwirtschaft* verwirklicht, indem ein beträchtliches Sparpotential enthalten ist, das sich ohne neue Normen aktivieren liesse. Es liegt ein ausreichend theoretisches und empirisches Material vor, das schlüssig nachweist, dass die Grenzkostentarifierung auch unter Bedingungen des Elektrizitätsmarktes praktikabel ist; sie wird übrigens in andern Ländern bereits angewandt. Jene kritische Haltung also, die sich auf die mangelnde Praxisbezogenheit der Grenzkostenmethode beruft, kann nicht mehr ernst genommen werden.

Willy Linder

Enttäuschte Hoffnungen

Drei Lesefrüchte. *«Präsident García steht vor immer grösseren Schwierigkeiten»* («Le Monde», 9. April, Bericht aus Peru). *«Das Scheitern des jungen Premier wirft die Frage auf, ob die Katastrophe überhaupt zu vermeiden ist»* («Die Zeit», 8. April über Rajiv Gandhi). *«Ein Paradox der perestroika ist, dass Gorbatschow viele Reformen zugleich vorsieht und es den Leuten schwermacht all diesen Wandel aufzunehmen, und dass er dennoch beschuldigt wird, zu wenig zu tun, um den Widerstand zu rechen.»* («The Economist», 9. April. Beilage Die sowjetische Wirtschaft).

Zitate über das festgestellte oder befürchtete Scheitern von Staatsführern liessen sich in jeder Frist ebenso finden wie an diesen beiden Stichtagen. Da fragt sich, ob wir jedesmal ein persönliches Versagen konstatieren müssen oder die Ohnmacht der Verantwortlichen gegenüber Umständen, die andere an ihrer Stelle auch nicht gemeistert hätten.

Sehen wir die drei zitierten Beispiele näher an:

1. Zweieinhalb Jahre nach seiner triumphalen Wahl hat Perus Präsident Alan García es mit mehreren Krisen zu tun: der Wirtschaft, der Sicherheit. Er wollte «Präsident aller Peruaner» sein wie François Mitterrand «Präsident aller Franzosen» — das ist einerseits eine Tautologie, weil es eben jeweils nur einen Präsidenten gibt, anderseits die unauslösbare Verheissung, es allen recht zu machen.

Ein Buch, auf das namentlich der politisch engagierte Schriftsteller Pedro Vargas Llosa weist, schildert die Schattenwirtschaft als den vitalsten Teil der peruanischen Ökonomie. Der ungebändigte Terrorismus des «Leuchtenden Pfades» ist eine der Erscheinungsformen andiner «Violencia», gegen die Armee und Polizei machtlos sind — soweit sie nicht mit ihr in Konkurrenz treten.

García hat die Verstaatlichung des gesamten Kreditwesens verfügt. Davor warnte Vargas Llosa und wurde deshalb in «Le Monde» als Mann der äussersten Rechten diffamiert. Nunmehr aber, im zitierten Bericht, wird diese Massnahme als «unnötig, inkompetent, rein politisch motiviert» getadelt. Auf das «Gedächtnisloch» der Leser, wenn es um ferne Länder geht, ist offenbar zu rechnen. Als aktuelle Gefahr gilt jetzt nicht die Reaktion, nicht der Sieg der Terroristen, sondern eine «verallgemeinerte Anarchie».

2. Rajiv Gandhi — so Gabriele Venzky in «Die Zeit» — habe nicht eines seiner Versprechen eingelöst. Sein Scheitern werfe die Frage auf, ob die Katastrophe überhaupt zu vermeiden sei. Das Pro-Kopf-Einkommen der Inder sei zweimal niedriger als dasjenige der Chinesen. (Wie zuverlässig sind solche Statistiken?) Rajiv Gandhi sei «von machtgierigen Ehrgeizlingen abgeschirmt», doch sei *«dieses Land nicht in der Lage, personelle Alternativen hervorzubringen»*. Der Chefredakteur der «Times of India» sieht in der Zukunft Anarchie. Lasen wir das nicht eben aus Lima?

3. Über die Chancen der von Generalsekretär Gorbatschow vorangetrie-

benen Umstrukturierung gehen die Meinungen auseinander. Gorbatschow hat bei der eigenen Parteiführung und gegenüber der Nomenklatura einen schweren Stand. Allerdings hat er der Sowjetunion eine internationale Glaubwürdigkeit gegeben, die von unschätzbarem Nutzen ist und mit seiner Absetzung verlorenginge. Sein internationales «image» ist auch innenpolitisch seine Stärke. Unbeschadet der Warnungen der Diplomaten in Kabul vertraut Präsident Reagan den Abmachungen über den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan. Es ist als habe sich das «Reich des Bösen» dank Gorbatschow in ein «Reich des Guten» verwandelt — zwei gleich unkritische Perspektiven.

Gehören «glasnost» und «perestroika» zusammen? Der wissenschaftlichen und allgemein kulturellen Intelligenz wird mehr Ausdrucksfreiheit gewährt. Gravierende Missstände werden offengelegt, die die repressive Willkür von Polizei, Gerichten, Psychiatern darstellen. Haben diese Feststellungen auch Folgen?

Und alle Aspekte der Wirtschaft, der Gesellschaft, des durch die skandalösen Umstände des Brandes der Leningrader Bibliothek und seiner Bekämpfung offenbarten Gleichgültigkeit, Verantwortungslosigkeit, Fahrlässigkeit, Inkompetenz, die sich auf so viele Bereiche erstrecken — sind sie durch «glasnost» zu überwinden?

«Die sowjetischen Preise haben wenig mit Nachfrage und Angebot oder mit Produktionskosten zu schaffen. Der Staatsausschuss hat etwa fünfhunderttausend Preise festgelegt. Das ist eine so gewaltige Arbeit, dass die Preise für ein Jahrzehnt oder länger gleich bleiben, bis die Bürokratie Zeit hatte, neue Preise auszuarbeiten. Die Fabriken brauchen die Information für die Preise, aber die führt irre. Ein ‹Königreich der Zerrspiegel› nennt es der sowjetische Ökonom Schmelev» («The Economist»).

Den kritischen Diagnosen folgte bisher keine Therapie. Blicken wir auf jene drei kommunistisch regierten Staaten, die sich der grössten «glasnost» rühmen können: Jugoslawien, Ungarn, Polen. In allen dreien wachsen die wirtschaftlichen Nöte, sind Rückentwicklungen zu beklagen, ist die Verschuldung am höchsten. «Offenheit» und «Umstrukturierung» sind hier voneinander abgekoppelt. Verhält es sich für die Sowjetunion anders?

In seinem geistvollen Buch «Der wilde Friede. Notizen zu einer politischen Theorie des Scheiterns» (DVA Stuttgart) meint Rüdiger Altmann im Blick auf Gorbatschow: *«Nichts deutet auf einen ‹coup d'Etat› hin! Doch würde schon ein ‹coup de Parti› genügen, um die verkrusteten Strukturen aufzubrechen und die Gesellschaft zu mobilisieren.»*

Sowohl Lenin wie Stalin haben solche «coup de Parti» nicht gescheut. Ob Gorbatschow mit dem Spätbolschewismus so souverän umgehen kann wie die Gründer mit dem Frühbolschewismus?

Unregierbar wie möglicherweise Peru, Indien und manche andere Länder ist die Sowjetunion gewiss nicht. Aber reformierbar? Nüchterne Analysen gelten manchen als Erstellung von «Feindbildern». Doch unrealistische Analysen nützen keinem.

François Bondy

Kant und Wagner

Eine beschämende Begegebenheit

Nicht der Philosoph von Königsberg und nicht der Gesamtkunstwerker von Bayreuth sind im Titel gemeint, sondern zwei Schriftsteller der Gegenwart, der eine Vorsitzender und Wortführer in der DDR, der andere fremd in der real existierenden Gesellschaft Rumäniens, der er — obgleich er dort daheim ist — resigniert entflieht. Ihm bleibt nur, einen Ausreiseantrag zu stellen und dann zu warten, ob ihm der Weggang erlaubt werde. Beide haben Geschichten geschrieben, der eine — mässig lustig, weil man die Mühe spürt, den Krampf geradezu — eine Satire auf das Projekt, eine gesamteuropäische Kulturstiftung zu gründen, der andere einen Bericht über Bedingungen, unter denen kulturelle Identität in Europa abgewürgt wird. Vielleicht ist es reiner Zufall, dass beide Erzählungen im gleichen Verlag erschienen sind; auch wenn es nicht so wäre, müsste man sie nebeneinander und miteinander zur Kenntnis nehmen.

Hermann Kant geht in seiner Erzählung *«Die Summe»* — er nennt sie «eine Begebenheit» — auf den Vorschlag ein, den Günter Grass auf dem KSZE-Kulturforum 1985 in Budapest gemacht hat. Grass regte damals die Gründung einer Alleuropäischen Kulturstiftung unter paritätischer Leitung von Staaten des westlichen und des östlichen Bündnisses sowie von Neutralen an. Hermann Kant erzählt, wie es ausgeht, wenn *«Kustipest»* oder *«Eurocult»* zunächst nur in einem Versuch simuliert wird. Die Vertreter der 35 KSZE-Staaten senden Vertreter nach Budapest, damit sie dort so tun, als würde die Stiftung gegründet. Doch schon die reine Sandkastenübung verendet im Konferenzritual. Der Vorschlag erweist sich als unrealisierbar; aber Hermann Kant quetscht aus ihm ein wenig satirisches Potential. Er macht sich nicht geradezu über die Idee selbst lustig; er zeigt nur ausführlich und unentwegt kalauernd, wie lustig es bei ihrer Beerdigung zugeht. Vielleicht ist ja tatsächlich unrealistisch, was Günter Grass 1985 vorgeschlagen hat. Nur wäre das dann eher ein Grund zur Trauer als zur Heiterkeit.

Wenn man zum Beispiel den Bericht *«Ausreiseantrag»* neben die Witzchen über den Versuch hält, Gemeinsamkeiten im Hinblick auf kulturelle Bedürfnisse und Bedingungen festzustellen und zu wahren, versteht man wahrlich nicht, was an Kants Verspottung dieses Versuchs lustig sein soll. Richard Wagner — er heisst tatsächlich Richard — ist 1952 in Lowrin, Kreis Temesch in Rumänien, geboren, als Angehöriger jener Minderheit deutscher Sprache, deren kulturelle Identität allmählich verloren geht. Wagner ist ja nicht der einzige rumänische Schriftsteller deutscher Sprache, der nur noch in der Auswanderung vielleicht zu bewahren hofft, was er nicht verlieren möchte. Vor ihm sind Herta Müller und Rolf Bossert diesen Weg gegangen. Für Bossert war es ein Weg ins nicht Lebbare. Wohin einer auswandert, dem das Weggehen überhaupt ermöglicht wird, kann nicht allein durch geographische und politisch-gesellschaftliche Auskunft bestimmt werden. Vielleicht sind seine Wurzeln schon tödlich verletzt,

ehe er ankommt. Aber woher einer wie Richard Wagner kommt, ist in seinem Bericht *«Ausreiseantrag»* deutlich genug erkennbar. Der Held der Erzählung heisst Stirner und begreift sich als Schriftsteller. Er schreibt Gedichte und kurze Prosa in der Sprache der Minderheit. Für den Lebensunterhalt arbeitet er bei einer kleinen Zeitung als Korrespondent. Die Auflage des Blattes ist ebenso klein wie die seiner Bücher. Ganz zu Beginn schon wird festgestellt: *«Was er für seine Bücher schrieb, entfernte sich immer mehr von dem, was er für die Zeitung schrieb.»* Er hat eine Lebenspartnerin, Sabine, die als Deutschlehrerin arbeitet, ohne feste Anstellung und nur in Vertretungen. Stirner versucht wie Sabine dem Zwang der Verhältnisse, den Sprachregelungen und Pflichtübungen auszuweichen, indem er innere Distanz dazu hält. Aber das bedeutet auch, dass er in seiner Heimat keine Zukunft haben wird. Im Schriftstellerhaus gibt es zwar für ihn und seine paar Kollegen von der kulturellen Minderheit einen Tisch in der Ecke. Man ist unter sich, wie anderswo die Journalisten unter sich sind, die Architekten und die Bauingenieure, anderswo wiederum die Landarbeiter, anderswo die Fussballspieler und die Offiziere der Armee. Stirner stellt sich vor, wie diese Berufsgruppen in ihren Séparées sitzen, getrennt voneinander und ohne Kommunikation untereinander. Und dann heisst es da noch: *«Alle sahen auf die Bühne. Und alle sahen dieselbe Klamotte. Aber sie konnten es einander nicht sagen. Sie sassen in Séparées, jeder seiner Bedeutung bewusst, und von Séparée zu Séparée gingen wie Kellner die Leute von der Staatssicherheit.»*

Wie klein die Chancen für Stirner sind, ein Buch herauszubringen, das nicht den Bedingungen angepasst ist, wie eigenmächtig etwa ein Lektor, wenn gerade von oben geboten ist, das Grundthema Frieden zu behandeln, *«hier und dort das Wort ‹Frieden› in die Texte plaziert»,* wie demütigend das Dasein unter so traurigen Verhältnissen ist, erzählt Richard Wagner in seinem Bericht von Stirner und Sabine. Auf der letzten Seite steht der Satz: *«Es war schon lange kein Sinn mehr da.»*

In Hermann Kants vermeintlich spassiger Beerdigung einer gesamteuropäischen Initiative zugunsten der Kultur kommt selbstverständlich auch ein Rumäne vor, der Genosse Radulescu, der die Interessen seines Landes mit Nachdruck vertritt und dafür vom Erzähler, genau gleich wie der nicht gerade blendend informierte Amerikaner oder der Herr Poensgen aus Bonn, mit feinen Anspielungen ein wenig bespöttelt wird. Radulescu, so vermerkt der DDR-Emissär Schleede, der Erzähler in Kants Bericht, sei in einem seiner Voten zur Verwunderung der Sitzungsteilnehmer unverhofft von der ersten Person Einzahl in den Plural verfallen. *«Aber vielleicht hatte er es sich nur angewöhnt, stets mehrere oder wenigstens einen immerfort mitzudenken,»* fügt Schleede maliziös hinzu, und man kann nur bewundern, wie dezent er voraussetzt, der geneigte Leser wisse natürlich, wer dieser Eine ist. In dieser von Seite zu Seite langweiliger ausgesponnen Politsatire geht es um blockinterne und blockübergreifende Hackordnungen, um provinzielle Vorurteile auch, wie der Russe den Amerikaner und der DDR-Mann den Mann aus der Bundesrepublik zu sehen hat, wie die devisenarmen Diplomaten die reichen beneiden und anderes mehr. Als akustisches Signet für *«Eurocult»* erwägt man *«Freude, schöner Götterfunke»* und

prüft enervierend gründlich den Text der Ode über sämtliche Ost-West-Schwierigkeiten hinweg.

Hermann Kant inszeniert die diplomatische Sandkastenübung von Budapest mit sprachlichen und anderen Gags, die auf ein recht anspruchsloses Publikum zielen. Ab und zu platzt eine brillant formulierte Pointe. Man kann sich am Ende vorstellen, dass ein Mann wie der Minister a.D. Egon Bahr, der auf der Rückseite des Umschlags wörtlich zitiert ist, bei der Lektüre *«mehrfach herzlich gelacht»* hat. Vielleicht muss man, um auf diesen Text in dieser Weise zu reagieren, zur Kaste der diplomatischen Profis auf internationalem Parkett gehören. Aber der Geistesblitz, den Hermann Kant mit seiner Simulation einer Gründung anbietet, ist dennoch keine Dauerbeleuchtung. Das Spielchen nutzt sich nach wenigen Seiten ab. Und im Blick auf Befunde, wie sie Richard Wagner zu seinem *«Ausreiseantrag»* bewogen haben, sind Hermann Kants Spässlein nichts als ein Affront, tief beschämend und von unerträglichem Zynismus.

Anton Krättli

[1] «Die Summe» von Hermann Kant und «Ausreiseantrag» von Richard Wagner sind im Luchterhand Literaturverlag erschienen.

Eine Schrift unterliegt Interpretationsmöglichkeiten. Die Interpreten vermögen dem Schreiber mancherlei zu unterstellen, auch übles. Die Varianten allerdings sind begrenzt. So bin ich mir sicher, bei vielen Manuskripten nie Schwierigkeiten zu bekommen. Ich ertrage gelassen den Gedanken einer unerwünschten Bekanntschaft dieser Blätter mit den sie inspizierenden Herren. Egal, ob das Papier auf dem Tisch liegt oder in der Schreibmaschine klemmt.

Anders das leere Blatt. Käme einer und mutmasste, was ich hätte schreiben wollen, so vermag ich keine Behauptung zu widerlegen, selbst schlimmste nicht. Ich versäumte, etwas weniger Schlimmes auf das Weiss zu setzen, garstigsten Verdächtigungen den Grund entziehend. Gerade, weil ich nichts tue, mache ich mich verdächtig.

Sie sitzen an den Abhörgeräten und hören nichts. Wieso, denken sie, tippt er nicht seine schändlichen Satiren, warum lacht er nicht mitunter aus eitler Freude über eine gelungene Widerwärtigkeit, flucht ab und zu auf den Staat, den wir vor den Auswirkungen solcher Flüche zu schützen wissen? Warum, denken sie weiter, dieses unberechenbare Schweigen, dieses weisse Blatt Papier in der Maschine, wie einer unserer verdienstvollen Leute ausgekundschaftet hat? Was, schlussfolgern sie, heckt er aus? Reichen ihm bisherige Schmierereien nicht, dass er über neue grübelt, die so schlimm sind, dass er noch vor ihnen zurückschreckt? Noch, wie wir betonen . . .

So könnte das Plädoyer eines Staatsanwaltes vor Gericht lauten, wenn er zum Ende gelangt und die Zahl der Jahre nennt, die er mir für das weisse Rechteck per Urteil zukommen lassen will. Wie verteidigen? Lachhaft die Absichtserklärung, ich hätte etwa ein Liebesgedicht in Gedanken geformt. Aha, in Gedanken? Woran hatte ich sonst gedacht? Höhnische Fragen und die Behauptung, etwas ganz und gar Liebloses sei geplant worden. Und Pläne führten direkt immer zum Delikt.

Lutz Rathenow (DDR), «Verdächtig ist, wer nichts tut.»
(Rheinischer Merkur, 15. April 1988)